

**Antrag**

der AfD-Fraktion

**Wir brauchen einen „Blue Deal“ für die Berliner Wirtschaft II –  
Wissenstransfer und Fachkräfte – Stärkung der Berliner Wirtschaft als Schwerpunkt der  
neuen Hochschulverträge**

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

Der Senat wird aufgefordert, neben anderen Themen – wie etwa der Lehrerausbildung – die Stärkung der Berliner Wirtschaft zum Schwerpunkt der Verhandlungen zu den neuen Hochschulverträgen zu machen und den Hochschulen zu diesem Zweck zusätzliche finanzielle Mittel bereitzustellen. Die Maßnahmen und Indikatoren (KPI) für die Evaluierung der Vereinbarungen zum Transfer werden in die neuen Hochschulverträge ab dem Jahr 2022 aufgenommen.

**1. Wissens- und Technologietransfer****1.1. Berliner Transferstrategie**

Der Senatsverwaltung wird aufgefordert, eine Berliner Transferstrategie zu entwickeln und das WTT-Stakeholder-Gremium mit klaren Ziel- und Arbeitsstrukturen als Ansprechpartner zu etablieren.

Der Senat wird aufgefordert, über die Hochschulverträge eine angemessene und nachhaltige personelle Ausstattung zu sichern, um die Transferstellen der Hochschulen zu erfolgreichen Dreh- und Angelpunkten zwischen Wirtschaft und Wissenschaft weiterzuentwickeln. Ziel ist es, die Zahl der Kooperationen und das Tempo von Innovationsprozessen zu erhöhen.

**1.2. Transferanreize erhöhen**

Transferscouts: Der Senat wird aufgefordert, die Zusammenarbeit zwischen Mittelstand und Hochschulen zu stärken, indem Hürden für den Transfer gesenkt und Anreize erhöht werden. Die Hochschulen sollen mit zusätzlichen zweckgebundenen Haushaltsmitteln in die Lage versetzt werden, Transferscouts aufzubauen, die in die Fachbereiche vernetzt sind und aktiv auf die Wirtschaft zugehen.

**Transfersemester:** Der Senat wird aufgefordert, die Möglichkeit zu verbessern, Professoren für ein „Transfersemester“ – analog zum Forschungssemester – freizustellen, damit diese über einen festgelegten Zeitraum Projekte mit dem Mittelstand gemeinsam umsetzen können.

### **1.3. Technologiescouting und Validierung**

Der Senat wird aufgefordert, Technologiescouting und Validierungsforschung als Beitrag zum hochschulweiten Technologietransfer über die neuen Hochschulverträge zu stärken. Dazu gehören die Sensibilisierung von Wissenschaftlern für das Thema Technologietransfer, die Identifikation von verwertbaren Forschungsergebnissen und Technologien, die Bewertung des Verwertungspotenzials von Forschungsergebnissen (Patentierung oder Unternehmensgründung) und die Identifikation von Anwendungsfeldern sowie von Technologieabnehmern und Kooperationspartnern.

## **2. Fachkräfte**

### **2.1 Fachkräfte für den Mittelstand**

Der Senat wird aufgefordert, über die Hochschulverträge die Fachhochschulen besser auszustatten, um verstärkt Fachkräfte für den Mittelstand auszubilden, Forschungskooperationen zu ermöglichen und den Transfer zu verbessern.

### **2.2 Brain Regain statt Brain Drain**

Der Senat wird aufgefordert, den Hochschulen im Rahmen der Hochschulverträge zusätzliche Mittel für die Rückgewinnung von ins Ausland abgewanderten Spitzenforschern zur Verfügung zu stellen und mehr Flexibilität bei der Besoldung zu ermöglichen, die internationale Wettbewerbsfähigkeit garantiert. Die Berliner Hochschulen sollen als familienfreundliche und attraktive Arbeitgeber hochqualifiziertes Personal anziehen.

## **3. Verzahnung von Wissenschaft und Wirtschaft**

### **3.1. Führendes Start-up-Ökosystem schaffen**

Der Senat wird aufgefordert, die Initiative der Plattform „Science & Startups“, bis 2030 ein in Europa führendes und weltweit sichtbares Ökosystem für forschungs- und wissenschaftsbasierte Gründungen zu schaffen, über die neuen Hochschulverträge finanziell abzusichern.

Die Hochschulen sollen über die Hochschulverträge in die Lage versetzt werden, eigene Start-up-Stipendien zu vergeben, die unbürokratisch und flexibel auszugestalten sind. Die Höhe des Fördervolumens soll dem Aufkommen an förderwürdigen Einreichungen entsprechen. Wissens- und Technologietransfer darf nicht am Geld scheitern.

Gründungen aus der Wissenschaft sind – gemäß der Anregung in der Anhörung im Wissenschaftsausschuss – stärker bei der Suche nach geeigneten Flächen zu unterstützen, die Möglichkeiten zur Anchlussförderung sind zu verbessern.

### **3.2. Partnersuche für kooperationsunerfahrene Unternehmen**

Die Partnersuche ist der erste und schwierige Schritt zur Kooperation zwischen Wissenschaft und Unternehmen. Diesbezüglich mangelt es in Wirtschaft und Wissenschaft an Transparenz zu Angebot und Nachfrage.

Der Senat wird aufgefordert, über die Hochschulverträge eine Schärfung der Instrumente in der Wissenschaft zu vereinbaren, damit sich die Hochschulen explizit für kooperationsunerfahrene Unternehmen stärker öffnen.

### **3.3. Unternehmen als Impulsgeber für die Forschung**

Der Senat wird aufgefordert, im Rahmen der Hochschulverträge die Schnittstellen zwischen Wirtschaft und Wissenschaft zu stärken, damit Unternehmen ihren Forschungsbedarf frühzeitig an die Wissenschaft kommunizieren können. Durch die Aufnahme konkreter Problemstellungen aus der Wirtschaft wäre die Frage der Verwertungssuche für neues Wissen aus der Forschung schon im Vorhinein lösbar.

## **4. Blick in die Zukunft**

### **4.1. Wissenschafts- und Transfermetropole**

Der Senat wird aufgefordert, eine Vision und eine verbindliche Gesamtstrategie mit dem Ziel, Berlin nach innen und außen zu einer führenden Wissenschafts- und Transfermetropole zu machen, transparent darzulegen und fortzuentwickeln. Ziel ist es, auf Augenhöhe mit den weltweit führenden Universitäten und Forschungseinrichtungen zu sein und dies auch sichtbar werden zu lassen.

### **4.2. Forschung zu zukunftsweisenden Technologien**

Der Senat wird aufgefordert, über die Hochschulverträge Forschung zu zukunftsweisenden Technologien stärker in den Fokus zu rücken. Dazu gehören beispielsweise KI-Forschung, Hochfrequenz- und Halbleiter-Systemtechnologien, Energietechnik, Technische Informatik, Softwaretechnik, Computational Engineering sowie neue Studiengänge zu Zukunftstechnologien.

### **4.3. Stipendien für Hochqualifizierte**

Der Senat wird aufgefordert, es den Hochschulen über die Hochschulverträge zu ermöglichen, Stipendien für hochqualifizierte Studenten aus den Studiengängen des Innovationssektors zu vergeben. Auch angesichts steigender Mieten muss der Hochschulstandort Berlin für Studenten attraktiv bleiben.

## ***Begründung***

Hochschulen sind wichtige Faktoren für die wirtschaftliche Entwicklung. An den Hochschulen werden Innovationen vorangetrieben. Darüber hinaus sind sie wichtige Ausbildungseinrichtungen für den Nachwuchs von Fachkräften. Berliner Hochschul-Start-ups schufen im Jahr 2019 62.600 Arbeitsplätze und erwirtschafteten einen Umsatz von 8,4 Milliarden Euro.

Eine gute Vernetzung zwischen Wirtschaft und Wissenschaft ist ein wichtiger Standortfaktor für Berlin. Die regionale Konzentration von innovativem Mittelstand und exzellenter Wissenschaftsexpertise muss durch stärkeres, mehrdimensionales Engagement weiterentwickelt werden. Dazu gehören klare Strukturen und Verantwortlichkeiten, die Bereitstellung von Mitteln, Visionen und konkrete Umsetzungspläne.

Förderangebote müssen dem risikobehafteten und ergebnisoffenen Innovationsprozess in Förderhöhe und Ausgestaltung Rechnung tragen und eine Fehlerkultur ermöglichen, die ein erstes Misslingen nicht als dauerhaftes Scheitern begreift. Die bestehende Bereitschaft von erfolgreich

gegründeten Start-up-Unternehmen, ihre Erfahrungen an junge Gründer weiterzugeben (Unterstützung durch Mentoring, Geschäftsmodellentwicklung oder als Investoren), sollte stärker genutzt werden.

Eine neue Idee muss nicht immer in ein Start-up-Unternehmen führen. Auch die existierenden KMU sind dankbare Abnehmer – eine Win-win-Situation für Innovatoren und Mittelstand. Anwendungsorientierte Hochschulen und mittelständische Unternehmen sind ideale Partner. Die Fachhochschulen sollten gestärkt werden, um Forschungskooperationen mit Unternehmen und eine Vernetzung mit Mentoren, Pilotkunden sowie Fertigungs- und Entwicklungspartnern zu ermöglichen und dem Fachkräftebedarf des Mittelstandes gerecht zu werden.

Bei der Verzahnung von Wissenschaft und Wirtschaft zeigt sich Verbesserungspotential. Knapp 30 % der von der IHK befragten Unternehmen pflegen keine Beziehungen zur Wissenschaft. Als häufigste Begründung wurde genannt, dass keine Ressourcen für die Suche nach Kooperationspartnern verfügbar sind (34 %) bzw. die Suche erfolglos verlaufen ist (20 %).

Durch Studienstipendien für qualifizierte Schulabsolventen kann sich Berlin perspektivisch Nachwuchswissenschaftler sichern. Doch wenn gut qualifizierte Menschen nach Ausbildung und Studium ins Ausland abwandern, entsteht durch die öffentlich finanzierte Ausbildung von Fachkräften und Hochqualifizierten eine Belastung für die Volkswirtschaft. Denn erst in der langfristigen Perspektive zahlen sich öffentliche Bildungsinvestitionen auch für die Volkswirtschaft insgesamt aus. Fachkräftesicherung muss nachhaltig angelegt sein.

Die Verflechtung von KMU mit der Wissenschaft bildet einen Eckpfeiler für Fachkräftegewinnung, Innovationen und die Umwandlung von Forschungswissen in Praxiswissen. Grundsätzlich fehlt Berlin hier jedoch eine politische Steuerung bzw. federführende Verantwortung in der Governance-Struktur sowie eine übergeordnete Transferstrategie (wie z. B. in Brandenburg), wie die IHK bemängelt. Durch die neuen Hochschulverträge können die Kooperationen zwischen Wissenschaft und KMU gesteigert werden. Der vorliegende Antrag folgt im Grundsatz und in einzelnen Punkten den aktuellen Forderungen der IHK Berlin: „Innovation braucht gemeinsame Treiber in Wissenschaft und Wirtschaft.“

Berlin, 11. Mai 2021

Pazderski    Hansel    Buchholz    Trefzer  
und die übrigen Mitglieder der AfD-Fraktion